



inform

MAGAZIN DER SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

Kali-Staatsvertrag fußt auf Verfassungsbruch

TEILE DES VERTRAGES WERDEN JETZT ERNEUT BERATEN

Die Opposition, die Landtagspräsidentin, aber auch CDU-Fraktion und Regierung mussten sich mit einem Novum befassen: Im Eilverfahren hatte die Landtagsverwaltung kurz vor dem November-Plenum am 21. und 22. November festgestellt, dass der bereits unterzeichnete Staatsvertrag zwischen Thüringen



Kaliabraumhalden gehören zum Landschaftsbild im hessisch-thüringischen Grenzgebiet.

und Hessen gegen die Verfassung verstößt. Grund: Die Regierung habe das Parlament zu spät über die anstehende Vertragsunterzeichnung und Einzelheiten des Vertrages informiert. Als Konsequenz wurde der Vertrag, der eigentlich vom Parlament verabschiedet werden sollte, von der Tagesordnung genommen und zu erneuten Beratungen in die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Für SPD-Fraktionschef Gentzel der Beweis, dass der schon früh geäußerte Vorwurf der Nicht-Verfassungsmäßigkeit berechtigt war.

Von einer „Überrumpelungsaktion“ ohnegleichen hatte Dagmar Becker, die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der Vertragsunterzeichnung gesprochen. Das Agieren der Landesregierung in der Sache sei unsäglich. Umweltminister Sklenar (CDU) hätte das Parlament sehr viel früher und ausführlicher zu dem offenbar seit einem Jahr

verhandelten Staatsvertrag informieren müssen.

Becker übte zudem Kritik am Inhalt des Vertrages. Langfristige Vorteile für den Freistaat seien nicht erkennbar, sagte sie. Jetzt seien rasche Änderungen in der Vereinbarung, die Thüringen und Kali & Salz im Zuge des Kalistaatsvertrages am 13. November unterzeichnet haben, notwendig. Unabdingbare Kernforderungen seien die Garantie von Kali & Salz, dass mindestens ein Drittel des Sylvinitis in Unterbreizbach, am dortigen Standort, verarbeitet werden müsse sowie die Sicherung der Verarbeitung über Tage in der thüringischen Gemeinde. Festgeschrieben werden müssten auch Investitionen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Verarbeitung am Standort Unterbreizbach für die Dauer des Abbaus zu sichern. Becker machte zudem darauf aufmerksam, dass hinsichtlich technischer Fragen Sicherheitsbedenken geäußert worden seien.

Skandalminister nimmt seinen Hut

Thüringens Innenminister Christian Köckert hat in der Plenarsitzung am 23. Oktober Ministerpräsident Vogel seinen Rücktritt angeboten. Er übernahm damit die politische Verantwortung dafür, dass eine CD, die er sich vom Verfassungsschutz übergeben ließ, auf rätselhafte Weise verschwunden bleibt. Die darauf enthaltenen Daten stammten von den Festplatten der Computer, die 1997 aus dem Innenministerium unter dem damaligen Innenminister Richard Dewes gestohlen wurden.

Für alle, die Köckert seit seiner Amtsübernahme haben agieren sehen, kam dieser Rücktritt überraschend. Keines anderen Ministers Amtszeit war von so vielen Skandalen überschattet wie die von Köckert. Skandale, von denen jeder einzelne zum Rücktritt hätte führen können und müssen. Sowohl die V-Mann-Affären beim Verfassungsschutz als auch der Verdacht, er habe den Verfassungsschutz im Wahlkampf beauftragt, Kommunalpolitiker zu bespitzeln, hätten für einen Rücktritt ausgereicht. Auch sein Unvermögen bei der Führung von Polizei und Verfassungsschutz wären Grund genug gewesen, den Rückzug anzutreten. Dies geschah nicht: Köckert saß mit Rückendeckung des Ministerpräsidenten alle Skandale aus, ungeachtet der Proteste aus Opposition und Bevölkerung.

Dennoch: Auch nach Köckerts Rücktritt bleibt der Verdacht, dass geheime Daten aus dem Innenministerium an die Presse weitergegeben wurden. Und das ist ein ungeheuerlicher, beängstigender Vorgang.

GÜNTER POHL

AKTUELL

SPD-Fraktion will
Schulreform.

Seite 2

PORTRAITS

Harald Seidel und
Dagmar Künast.

Seite 3

BUND DER VERTRIEBENEN Gentzel will Förderung des Landes überprüfen

Auskunft über die Fördermittel, die vom Land Thüringen an den Bund der Vertriebenen (BdV) fließen, forderte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Heiko Gentzel, in einer parlamentarischen Anfrage an die Landesregierung. Der SPD-Politiker verwies auf Äußerungen des ehemaligen BdV-Vorsitzenden Latussek im November 2001 in Arnstadt, mit denen der die Nazi-Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung in Frage gestellt hatte. "Meines Wissens hat sich der Thüringer Bund der Vertriebenen bis heute nicht von diesen Aussagen distanziert, auch nicht durch seine neue Landesvorsitzende Schulz. Es ist unerträglich, dass bis heute auch die Aussagen von einem weiteren BdV-Funktionär, Jürgen von Blaustark - er war Latussek damals beigepflichtet und ist bis heute aktiv - vom BdV Thüringen unwidersprochen geblieben sind und trotzdem weiterhin Fördermittel des Landes fließen", sagte Gentzel.

Latusseks damaliger Stellvertreter Jürgen von Blaustark war am 12.11.2001 in der "Thüringer Allgemeine" mit Bezug auf das Anzweifeln von Zahlen jüdischer Opfer des faschistischen Terrors in Auschwitz folgendermaßen zitiert worden: "Wir zweifeln daran, ob diese Zahl von sechs Millionen von den Nationalsozialisten umgebrachten Juden überhaupt stimmt."

SPD-Fraktion streitet für Schulreform - CDU bremst

BILDUNGSAUSSCHUSS UNTERWIRFT SICH PARTEIRÄSON

Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag lehnt die von der Landesregierung vorgelegte Novelle des Schulgesetzes weitestgehend ab. „Die Bildungspolitik bleibt auch nach Vorlage des Papiers das Stiefkind der Landesregierung“, sagte Bildungsexperte Döring, als er der Öffentlichkeit insgesamt 40 Änderungspunkte an dem von der Landesregierung vorgelegten Entwurf präsentierte.

Konsequenterer Ansätze hätte sich die Fraktion an den Punkten Eigenverantwortung der Schulen, Stärkung der Schulkonferenz und strukturelle Innovationen gewünscht. Zudem fordern die Bildungsexperten der Fraktion den Erhalt des Schulesens und die Integration von Schülern ein, die einer besonderen Förderung bedürfen. Anzustreben sei zudem ein längeres gemeinsames Lernen - eine zentrale Forderung der Bildungspolitik. „Thüringen braucht eine Schulreform, um nicht im provinziellen Abseits zu landen“, sagte Döring, rief aber dennoch dazu auf, die von der Fraktion eingeforderte Schulreform im Falle einer SPD-Regierungsbeteiligung mit Bedacht und Zeit anzugehen. Er machte deutlich, dass grundsätzliche Veränderungen nicht ohne mehr Eigenverantwortung und Mitbestimmung der Schulen



Besuche in Schulen gehören für Hans-Jürgen Döring (Mitte) zum Tagesgeschäft. Der Bildungspolitiker hat sich sehr für eine Schulreform in Thüringen eingesetzt.

machbar sei. PISA habe zudem den Beweis geliefert, dass Schüler von eigenverantwortlich arbeitenden Schulen weitaus besser abgeschnitten hätten als ihre Kameraden von herkömmlichen Einrichtungen. Mehr Engagement der Landesregierung forderte Döring auch beim Thema Ganztagschule ein. Spezielle Angebote ermöglichen eine individuellere Förderung der Schüler und seinen zudem zeitgemäßer - unter anderem wegen gemeinsamer Projektarbeit, nachmittäglicher Freizeitgestaltung und Hausaufgabenbetreuung. Der Bildungsausschuss unter Federführung der CDU lehnte sämtliche Änderungsvorschläge der SPD-Fraktion dennoch ab - aus Sicht von Bildungspolitiker Döring eine Blamage erster Güte: „Dies spricht für eine unbegreifliche und sachlich völlig unbegründete Arroganz.“

SPD-Fraktion warnt vor Niedergang der Städte: Trautvetter verwechselt Ursache und Wirkung

Die Landesregierung muss trotz der desolaten finanziellen Haushaltslage künftig mehr unternehmen, den stetig steigenden Wohnungsleerstand in den Städten zu stoppen. Dieser habe schwerwiegende Auswirkungen auf das Leben in den Städten. So sei die Unterhaltung der bestehenden Infrastruktur massiv gefährdet. Bereits jetzt hätten die sechs kreisfreien Städte in Thüringen circa 25 Prozent ihrer Einwohner verloren - Eingemeindungen und Gebietsreform nicht berücksichtigt. „Die Städte nehmen wich-

tige Funktionen nicht nur für ihre Bewohner, sondern auch für die Menschen im Umland wahr“, sagte Sabine Doht, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion. Die Wohnungspolitikerin forderte die Landesregierung auf, die Mittel zur Förderung des Wohnungs- und Städtebaus auf bisherigem Niveau zu halten. Dazu müsse der Stadtumbau systematisch vorangetrieben werden. „Diese Aufgabe muss absoluten Vorrang im Rahmen der Stadtentwicklung haben“, sagte Doht. Sie kritisierte in diesem Zusammenhang Thüringens Ex-Fi-

nanzminister Trautvetter, der mittlerweile als Innenminister für die Städtebauförderung zuständig sei. Trautvetter hatte in einem Presseartikel gesagt, dass das Land wegen des hohen Wohnungsleerstandes Mittel kürze. Dies sei der falsche Denkansatz, so Doht: „Um den Niedergang der Städte aufzuhalten, müssten leer stehende Wohnungen rückgebaut, innerstädtische Altbauggebiete aufgewertet und die Wohnungseigentumsbildung gefördert werden.“ Ein lebenswertes Wohnumfeld sei nun einmal nicht zum Nulltarif zu haben.

Rauschebart im Landtag

„Das wirkliche Leben spielt sich eigentlich draußen ab“, sagt Harald Seidel, der Mann mit dem Rauschebart, der jetzt nach drei Jahren Pause für die SPD-Fraktion in den Thüringer Landtag zurückkehrt. Die Unterbrechung seines Berufspolitikerdaseins für fast eine Legislatur hat Seidel aus heutiger Sicht gut getan - auch, weil ihm die heutigen „gestylten Politikertypen manchmal ein bisschen auf die Nerven gehen“. Das mag auch daran liegen, dass der 57-jährige die Wurzeln für sein politisches Engagement in der Bürgerbewegung der ehemaligen DDR sieht. So gehörte er zu den Mitbegründern der SDP (Sozialdemokratische Partei in der DDR) 1989 in Schwante, bevor kurz danach, im Januar 1990, die SPD Ost ins Leben gerufen wurde.



Nun wird sich Seidel, der für Otto Kretschmer in den Landtag nachrückt, um den Bereich Kultur kümmern. „Soziokultur, Breitenkultur, der Jazz - das alles gehört für mich dazu“, sagt er. Als Mitbegründer der Gesprächsreihe „Prominente im Gespräch“ in Greiz und als Organisator der Gesprächsreihe „Bildung 21“ der SPD-Fraktion hat er schon reichlich Erfahrung sammeln können als Kulturmanager. Zudem musiziert er seit mehr als 35 Jahren in der Greizer Jazzband „media nox“. All das sind Erfahrungen, für die es sicher Verwendung gibt in der Fraktion.

Wieder da: Dagmar Künast

Das hat sich Dagmar Künast nicht träumen lassen. Als sie 1999 auf Grund des schlechten Wahlergebnisses ihren Sitz im Landtag verlor, war das eine einschneidende Erfahrung mit weitreichenden Folgen für die heute die 55-jährige. Im Eiltempo musste sie ihr Leben neu organisieren - von der Berufspolitikerin wechselte sie kurz nach ihrem Abschied von der Landeshauptstadt als Pflegerin in ein Heim für schwerstbehinderte Erwachsene. Jetzt muss sie einen ähnlich aufregenden Wechsel bewältigen, nur in umgekehrter Richtung: Abschied von der Behindertenarbeit, rein in die Politik. Dagmar Künast freut sich auf ihre neue Aufgabe, die ja eigentlich so neu nicht ist: Ihre Sporen verdiente sie sich während der 2. Legislatur-



periode, als sie in der Zeit der Großen Koalition als Fachsprecherin für Behinderte und Senioren zuständig war.

Diesmal, in der 3. Legislatur, hat sie es mit Gleichstellung und Gesundheit zu tun - beides Sachgebiete, in die sie sich erst einarbeiten muss. Noch bereitet ihr diese Perspektive einiges Magen drücken, aber was soll's: „Ich hab ja schon andere Dinge bewältigen müssen.“ Wirklich schwer fällt ihr allerdings der Abschied von ihren Enkeln daheim in Pößneck: „Die beiden werden mich vermissen“, ist sie sich sicher.

Nein zu Müllverbrennung

Zweifel daran, ob die Errichtung einer Müllverbrennungsanlage die wirtschaftlichste Lösung für die Region Südwest-Thüringen ist, meldet Dagmar Becker, die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, an. Anlässlich der bevorstehenden Entscheidung des zuständigen Zweckverbandes sagte Becker, dass die Entwicklung des Tourismus in dieser Region durch die Errichtung der umstrittenen Müllverbrennungsanlage in Zella-Mehlis schweren Schaden nehmen werde.

Besonders für die Luftkurorte wäre eine Verschlechterung der Luftqualität verheerend. Becker plädierte dafür, in dieser sensiblen Region eine mechanisch-biologische Müllvorbehandlung der Verbrennung vorzuziehen. Diese habe weniger Luftbelastung zu Folge und könne überdies in der Zukunft auf Schwankungen der Abfallmenge flexibler reagieren als eine Müllverbrennungsanlage. Daher sei eine mechanisch-biologische Anlage in Zukunft billiger zu betreiben.

Otto Kretschmer: Gute Wünsche zum Abschied



Mit einem Blumenstrauß und guten Wünschen für seine Zukunft hat die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag einen ihrer treuesten Mitstreiter, den aus Hessen stammenden Juristen Otto Kretschmer, verabschiedet. Kretschmer hatte sein Mandat im Oktober aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt.

Kretschmer kam im November 1990 vom hessischen Justizministerium als Aufbauhelfer nach Thüringen. Er setzte sich intensiv für den Aufbau eines funktionierenden Rechtswesens in Thüringen ein. Kretschmer leitete zunächst die Staatsanwaltschaft Erfurt und wurde später - zu Beginn der zweiten Legislaturperiode - zum Justiz- und Europaminister berufen. Dieses Amt übte er von 1994 bis 1999 aus. Während seiner Amtszeit als Europaminister wurden neue Kontakte des Freistaates zu osteuropäischen Staaten - wie Polen, Ungarn und der Slowakei - geknüpft und die Zusammenarbeit mit ihnen intensiviert.

Seit der Landtagswahl im Jahr 1999 arbeitete Kretschmer als justizpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag. Er war Mitglied des Justizausschusses und eines Untersuchungsausschusses.

Otto Kretschmer hat Erfurt mittlerweile verlassen und lebt jetzt in Norddeutschland.

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt

Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17

Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Dr. Werner Pidde, Parlamentarischer Geschäftsführer; Layout/Satz: malewski; Druck: Druckerei Jacklein, Erfurt

Redaktionsschluss: 20.11.2002

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 8.000 Exemplaren.

Nicht für Parteizwecke und Werbung!

Bäume als Symbol gegen Trennung und Tod

SPD-ABGEORDNETE UNTERSTÜTZTEN PFLANZAKTION



Ließen sich das Baumkreuz von Ralf-Uwe Beck (2. von rechts) erklären: Fraktionsvorsitzender Heiko Gentzel, Dr. Alfred Müller, Sabine Doht, Dagmar Becker sowie Rosemarie Bechthum (von links).

Schwerstarbeit leisteten die SPD-Landtagsabgeordneten, die am 9. November bei nasskaltem Wetter mehrere Stunden lang Bäume rund um Creuzburg bei Eisenach pflanzten. Seit nunmehr 12 Jahren ist das Baumkreuz - eine grüne Skulptur - für Frauen und Männer aus ganz Deutschland Anlass, nach Creuzburg zu kommen und sich an dessen Fortführung und Pflege zu beteiligen. In diesem Jahr wurde der tausendste Baum gepflanzt - für Rosemarie Bechthum, Dagmar Becker, Sabine Doht, Uwe Höhn, Alfred Müller und Heiko Gentzel willkommener Anlass, in aller Frühe nach Creuzburg aufzubrechen und die Pflanzler zu unterstützen. Die Anfänge des Baumkreuzes liegen im Jahr 1989. Damals taten sich Künstler, Intellektuelle, Bürgerrechtler und engagierte Bürger zusammen, um in der ehemaligen Grenzregion ein lebendiges Symbol für die Überwindung von Trennung und Tod zu schaffen. In Anlehnung an den Kasseler Künstler Josef Beuys und seine tausend Eichen entschieden sie sich für

die Pflanzung von Eschen und Linden. So sind zwei sich kreuzende Alleen - eine auf dem ehemaligen Todesstreifen und eine an der B7 - in Form eines Kreuzes entstanden. Einer der Mitinitiatoren von damals hieß Ralf-Uwe Beck, heute ist er unter anderem Sprecher der Initiative für „Mehr Demokratie“. Beck unternahm diesmal mit den Abgeordneten eine



Regen und Kälte machten das Bäumepflanzen zur Schwerstarbeit.

Führung am prominentesten Teil des Baumkreuzes, nämlich da, wo an einem original erhaltenen Stück des ehemaligen Grenzzauns gepflanzt wurde. Hier erinnerte Beck

noch einmal an die Anfänge des Projektes und daran, dass das Baumkreuz ganz verschiedene Möglichkeiten der Deutung zulässt. Mit der für ihn wichtigsten Botschaft hielt Beck dann auch nicht hinterm Berg: „Das Baumkreuz ist ein Stück gelebte Demokratie.“

Befördert trotz Ermittlungsverfahrens

Wegen der fragwürdigen Beförderung eines Thüringer Polizeibeamten möchte SPD-Innenexperte Günter Pohl Auskunft über die Beförderungspraxis des Thüringer Innenministers. Laut Presseberichten hatte Innenminister Köckert (CDU) einen Polizeibeamten „außer der Reihe“ befördert. Gegen den Mann lief zum damaligen Zeitpunkt ein Ermittlungsverfahren. Ihm wurde vorgeworfen, im Rahmen seiner ehrenamtlichen Tätigkeit für die Polizei Reisekosten falsch abgerechnet zu haben. Pohl möchte nun wissen, wie viele Polizeibeamte im Jahr 2000 insgesamt befördert wurden und ob darunter auch Beamte waren, die während eines anhängigen Ermittlungsverfahrens oder einer Ordnungswidrigkeit befördert wurden. Auskunft möchte er auch darüber, wie viele Beförderungen vorgenommen wurden, bei denen von geltenden Beförderungsrichtlinien oder Terminen abgewichen wurde. Pohl bittet zudem um eine Bewertung des oben genannten Vorfalls durch die Landesregierung, vor allem hinsichtlich der Wirkung in der Öffentlichkeit.

BILDUNGSINITIATIVE Neue Termine

Die Veranstaltungsreihe „Bildung 21“ der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag wird im kommenden Jahr fortgesetzt. Zwei neue Termine liegen bereits vor: Am 18. März spricht Dr. Volkhard Knigge, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora, über das Thema „Erinnerung und Demokratie - Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg im Gedächtnis der wieder vereinten Republik“. Damit wird eine Veranstaltung, die ursprünglich im August 2001 stattfinden sollte und die Knigge aus privaten Gründen absagen musste, nachgeholt.

„Die Sprache der Trommeln“ lautet das Thema einer musikalischen Vorlesung, die Prof. Dr. Günter Sommer im Mai 2003 halten wird. Über die Veranstaltungsorte und die genauen Zeiten werden Sie rechtzeitig informiert.